

## Anfragen zum Plenum in der 42. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Da die Staatsregierung als Maßnahme für den Infektionsschutz an Schulen 37 Mio. Euro für mobile Luftreinigungsgeräte mit Filterfunktion sowie CO<sub>2</sub>-Sensoren angekündigt hat, frage ich die Staatsregierung, ob hierfür bereits konkrete Förderrichtlinien herausgegeben wurden, wie diese konkret ausgestaltet sind/werden (insbesondere ob das „Windhundprinzip“ gilt) und ob bereits Mittel abgerufen wurden?

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fachverfahren sind bereits an die eAkte Bayern angebunden, bis wann werden die restlichen Fachverfahren angebunden sein und bis wann wird ein vollumfänglicher digitaler Workflow in den Ministerien abgeschlossen implementiert sein?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich – gemessen an den gängigen Corona-Kennzahlen (insbesondere Neuinfektionen, Anzahl schwerer Erkrankungen, Todesfälle, jeweils soweit möglich im Verlauf der vergangenen vier Wochen) – die aktuelle Situation in Einrichtungen für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderung sowie in Krankenhäusern dar (bitte nach jeweiliger Einrichtung ausdifferenzieren), welche Planungen hat die Staatsregierung, was mögliche Anpassungen der entsprechenden Besuchs- und Kontaktregelungen mit Blick auf die bevorstehenden Wintermonate anbelangt, und inwieweit kommen ehrenamtliche Kräfte zur Unterstützung des hauptamtlichen Personals in den betreffenden Einrichtungen zum Einsatz bzw. sollen zum Einsatz kommen?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Wohnungen hat die BayernHeim seit ihrer Gründung von kommunalen oder privaten Bauträgern in einer Planungs- oder Bauphase übernommen (bitte Aufschlüsselung nach Möglichkeit nach Kommunen und Regierungsbezirken), wie viele Wohnungen plant die BayernHeim weiter von kommunalen oder privaten Bauträgern in einer Planungs- oder Bauphase zu übernehmen (bitte Aufschlüsselung nach Kommunen und Regierungsbezirken) und welche Mittel wurden und werden dafür aufgewendet (bitte mit Angabe zur Höhe und Herkunft der Mittel)?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welches Ziel verfolgt Art. 31 Abs. 3 Satz 2 Gemeindeordnung (GO) nach Meinung der Staatsregierung, wer entscheidet darüber, was als „überwiegend körperliche Arbeit“ gilt und wie ist es zu rechtfertigen, dass ein gemeindlicher Mitarbeiter am Bauhof („überwiegend körperliche Arbeit“) gegenüber einer Mitarbeiterin im Kindergarten (in diesem Beispiel als „nicht überwiegend körperliche Arbeit“ eingruppiert), bezüglich der Möglichkeit ein ehrenamtliches Gemeinderatsmitglied nach Art. 31 Abs. 3 Satz 2 GO zu sein, ungleich behandelt wird?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der Berechnung der Inzidenzwerte bzgl. der Corona-Maßnahmen in Bayern zugrunde, ist in Bayern geplant, aufgrund der Erhöhung der Anzahl an PCR-Testungen den Inzidenzwert pro 100 000 Einwohner zu erhöhen und wie werden die verspätet ausgewerteten PCR-Tests in die aktuellen Inzidenz-Werte eingerechnet?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder Anfang April 2020 einen bayerischen „Corona-Pflegebonus“ angekündigt hat, um die Leistungen der Pflegenden angesichts der Corona-Pandemie zu honorieren, der dann vom Kabinett am 7. April 2020 beschlossen wurde, und Staatsministerin für Gesundheit und Pflege Melanie Huml nach dem Ablauf der Antragsfrist (30. Juni 2020) per Pressemitteilung am 2. Juli 2020 mitteilte, dass mit über 351 248 Anträgen ein „großes Interesse“ an dieser Leistung herrsche, frage ich die Staatsregierung, welche Berufsgruppen anspruchsberechtigt für diesen Pflegebonus waren, wie viele der o. g. Anträge bereits bearbeitet sind und wie viele Anträge bereits ausgezahlt respektive abgelehnt worden sind?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Auswirkungen hat die Ankündigung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, die Auslösewerte für die Lärmsanierung an bestehenden Bundesfernstraßen und für die Eisenbahnen des Bundes um weitere 3 dB(A) abzusenken und die Ankündigung des Freistaates, auf Landesebene die Auslösewerte für die Lärmsanierung entlang der Staatsstraßen ebenfalls um 3dB(A) zu senken, wie viele Haushalte bzw. Personen sind von der Absenkung der Auslösewerte für die Lärmsanierung betroffen und können Anträge auf Lärmsanierung stellen und inwieweit reichen die bereitgestellten Haushaltsmittel für die Lärmsanierung auch zukünftig aus?

**Michael Busch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Referate (bzw. vergleichbare Organisationseinheiten) wurden in der Staatskanzlei seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Dr. Markus Söder zusätzlich eingerichtet (bitte mit Angabe zum jeweiligen Zweck und zum jeweiligen Datum), wie hat sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Staatskanzlei, geordnet nach der Eingruppierung, seitdem (nach Köpfen und Arbeitskräften [AK] einschließlich der in die Staatskanzlei abgeordneten Beschäftigten) in den Referaten (bzw. vergleichbaren Organisationseinheiten) entwickelt und was sind jeweils die Gründe für diese Personalentwicklung (geordnet nach Sachgebieten bzw. Organisationseinheiten; sollte bei der zweiten Frage, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine Erfassung zum Stichtag des Amtsantritts nicht möglich sein, sind die entsprechenden Ausgangszahlen zum 01.01.2018 anzugeben)?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist nach Eingang einer bewilligten Endabrechnung mit der Auszahlung der kindbezogenen Förderung der Betriebskosten von Kitas nach Art. 18 ff. Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) zu rechnen, wie viele Kindertagesstätten haben die Zahlung für das Jahr 2019 noch nicht erhalten und gibt es Pläne, die Bearbeitungsprozesse (u. a. den Bearbeitungsbeginn der eingegangenen Anträge erst nach dem 30.06.2020) zu beschleunigen?

**Dr. Anne Cyron**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wer darf in Bayern gemäß § 24 Infektionsschutzgesetz (IfSG) PCR-Tests an Patienten durchführen, werden die Patienten, die sich in Bayern einem PCR-Test unterziehen, darüber aufgeklärt, dass es sich bei diesem Eingriff um ein In-vitro-Diagnostikum handelt und wird von den Patienten in Bayern eine schriftliche Einwilligung zur Durchführung eines In-vitro-Diagnostikum im Rahmen des PCR-Tests eingeholt?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern waren die kommunalen Spitzenverbände in die Gespräche im Vorfeld der Pressekonferenz des Herrn Staatsministers für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo am 06.10.2020 zur Ausstattung der Lehrkräfte mit Dienst-Laptops eingebunden, wird die Genehmigung für Microsoft Teams an Schulen bis 31.12.2020 verlängert und welches datenschutzkonforme Programm plant die Staatsregierung ab 01.01.2021 für Onlineschulunterricht einzusetzen?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen liegen der Staatsregierung zu Medieninformationen vor, nach denen ein pensionierter Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes MIT in Österreich einen Anschlag auf die kurdischstämmige Wissenschaftlerin Berivan Aslan geplant haben soll, droh(t)en Personen in Bayern auch mögliche Anschläge und wie möchte die Staatsregierung für die Sicherheit der Betroffenen sorgen?

**Albert Duin**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund, dass laut einer neuen Studie des Deutschen Schaustellerbundes (DSB) für rund 80 Prozent der Deutschen ein oder mehrere Besuche auf einem Weihnachtsmarkt fester Bestandteil der Adventszeit sind (Machbarkeitsstudie zur Durchführung der Weihnachtsmärkte in Zeiten der Corona-Pandemie im Auftrag des DSB) und aufgrund der benötigten Planungssicherheit der Schausteller und Marktkaufleute frage ich die Staatsregierung, wird die Staatsregierung den Ausschank von Alkohol auf Weihnachtsmärkten erlauben, wird die Staatsregierung bayernweite Regelungen speziell zur Durchführung von Weihnachtsmärkten erlassen und wird die Staatsregierung die Entscheidung über die Durchführung von Weihnachtsmärkten in das Ermessen der Kommunen stellen?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Nachdem sowohl das Bundesverkehrsministerium als auch der Freistaat Bayern immer wieder betonen, die geplante Elektrifizierung der Maintalbahn sei ein vordringliches bahnpolitisches Anliegen der Region Bayerischer Untermain und der Freistaat die Maßnahme bereits 2018 in seiner Elektromobilitätsstrategie Schiene (BESS) als prioritäres Projekt gelistet und beim Bund für das Förderprogramm zur Elektrifizierung von Bahnstrecken angemeldet hat, frage ich die Staatsregierung, wie der derzeitige Planungsstand bei der Elektrifizierung der Strecke Aschaffenburg – Miltenberg (Maintalbahn) und bei der Hafentbahn Aschaffenburg ist, aus welchen Mitteln/Förderprogrammen die Umsetzung der Projekte finanziert werden wird und ob bei der Finanzierung der Projekte auch eine Kooperationslösung mit dem Freistaat Bayern angedacht ist?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Angeichts der politischen Bedeutung der im Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) „im Rahmen des dem Dienstherrn zustehenden Organisationsermessens“ erfolgten Beauftragung des Referenten bzw. Projektleiters für die Bayern-Cloud Schule frage ich die Staatsregierung, welche Rahmenbedingungen für diese Stelle vorgesehen sind (bitte unter Angabe der aktuellen Eingruppierung und Besoldung sowie der absehbaren Änderungen nach der förmlichen Einrichtung der Projektstruktur), inwieweit Herr Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo und Frau Staatssekretärin Anna Stolz jeweils in den Auswahlprozess involviert waren (bitte Zeitpunkte und Form der Involvierung für beide darstellen) und welche weiteren personell-organisatorischen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Projekt Bayern-Cloud Schule bereits im StMUK getroffen bzw. geplant worden sind (bitte für vorgesehene Stellen die jeweilige Stellenbezeichnung, Besoldungsgruppe sowie Ausschreibungs- und Besetzungsstatus angeben)?

**Christian Flisek**  
(SPD)

Im Hinblick auf die Corona-Teststationen, die bis Ende September an den bayerischen Autobahnrastanlagen Heuberg (BAB A 93), Hochfelln Nord (BAB A 8) und Donautal Ost (BAB A 3) und bis heute an den Flughäfen München, Nürnberg und Memmingen durch die Firmen Eurofins (Autobahnen) und Ecolog (Flughäfen) betrieben wurden bzw. werden, frage ich die Staatsregierung, mit welchen Aufgaben die genannten Unternehmen betraut waren bzw. sind und welchen Pflichten private Unternehmen, die mit solchen Aufgaben betraut werden, unterworfen sind, wie dies durch die Staatsregierung und gegebenenfalls den Landesbeauftragten für den Datenschutz kontrolliert wird?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die staatliche Förderung des Bayerischen Zentrums für Angewandte Energieforschung e. V. (ZAE Bayern) von derzeit 1,9 Mio. Euro in den kommenden Jahren reduziert werden soll und wenn ja, in welcher Größenordnung und was ist der Grund hierfür?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie beabsichtigt, angesichts des zu erwartenden weiterhin weitgehend fehlenden Biotopschutzes von Streuobstwiesen nach Art. 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatschG) aufgrund der sehr restriktiven Kriterien für die Einstufung von Streuobstwiesen als gesetzlich geschützte Biotope in der Ausführungsverordnung nach Art. 23 Abs. 1 Satz 2 BayNatschG (in Kraft seit 1. März 2020), diese Kriterien zeitnah zu ändern, welche konkreten Änderungen geplant sind und bis wann es eine neue Ausführungsverordnung geben wird?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Voraussetzungen sieht die Staatsregierung eine Möglichkeit, dass Kommunen im Rahmen des Kommunalabgabengesetzes Steuererhebungen auf Einwegverpackungen einführen können, wie bewertet die Staatsregierung diese Möglichkeit und welche anderen Maßnahmen ergreift die Staatsregierung um die Menge an Einwegverpackungen in Bayern zu reduzieren?

**Tessa Ganserer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Kliniken in Bayern wurden in den letzten drei Jahren Operationen nach den folgenden OPS-Codes der amtlichen Operationen- und Prozedurenschlüssel 5 – 613, 5 – 628, 5 – 643, 5 – 645, 5 – 705, 5 – 706, 5 – 713, 5 – 716 und 5 – 718 an Kindern unter zehn Jahren durchgeführt und wie häufig wurden diese – getrennt nach OPS-Codes – durchgeführt?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der 1 800 jüngst auf A 13-Niveau beförderten Grund- und Mittelschullehrkräfte sind Frauen (Angabe bitte prozentual, als absolute Zahl und getrennt nach Grund- und Mittelschule), wie viele der durch Funktionszulagen begünstigten Grund- und Mittelschullehrkräfte sind Frauen (Angabe bitte ebenfalls prozentual, als absolute Zahl und getrennt nach Grund- und Mittelschule) und wie hoch ist insgesamt der prozentuale Frauenanteil an der Gesamtlehrkräftezahl an bayerischen Grund- und Mittelschulen (Angabe bitte getrennt nach Grund- und Mittelschule)?

**Richard Graupner**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Berichts der Allgäuer Zeitung vom 15.09.2020, wonach ein Journalist, wohnhaft im Ostallgäu, unerlaubt Tonaufnahmen auf einer Internetseite veröffentlichte und daher wegen Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes in erster Instanz verurteilt wurde, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Internetseite die Tonaufnahmen veröffentlicht wurden, an welchem Tag die Tat erfolgte und ob die Tat in der Polizeilichen Kriminalstatistik als politisch links motivierte Tat erfasst wurde?

**Harald Güller**  
(SPD)

Zu meiner am 17.08.2020 im Zusammenhang mit der „Wirecard-Affäre“ eingereichten Schriftlichen Anfrage „Vollzug des Geldwäschegesetzes in der Zuständigkeit des Freistaates Bayern“ erfolgte schlussendlich am 9. Oktober 2020 die Antwort der Staatsregierung, in der bei der Beantwortung meiner Frage unter 7. (Anfrage der Regierung von Niederbayern bei der BaFin, mehrfachen Erinnerungen der Regierung von Niederbayern bei der BaFin, Meldung der BaFin bei der Regierung von Niederbayern und Anregung beim Bundesministerium für Finanzen (BMF) nachzufragen, sowie Mitteilung der Regierung von Niederbayern gegenüber dem Staatsministerium, dass die Wirecard AG nicht der Aufsicht der Regierung von Niederbayern unterliegt) jeweils keine Termine genannt wurden, frage ich die Staatsregierung hinsichtlich der in der Antwort genannten Kontakte, an welchem Datum fanden die Kontakte statt, wer waren jeweils Initiatoren bzw. Teilnehmer und welche Sachverhalte wurden jeweils thematisiert?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wer ihres Wissens nach der „vertrauenswürdige Beamte“ (SZ, 05.10.2020, Regionalteil, Seite 9) ist, der laut Herrn Kindler auf ihn zugekommen ist, um einen Termin mit der Staatskanzlei zu arrangieren (bitte Ministerium oder Behörde nennen, wo der Beamte beschäftigt ist), in welcher Form andere Ministerien vorab bzw. im Nachgang des Gesprächs vom 20.11.2020 zwischen Vertretern von Wirecard, Herrn Staatsminister Dr. Florian Herrmann und dem ehemaligen Polizeipräsidenten von Bayern Herrn Waldemar Kindler informiert wurden und welche Angebote von den Gesprächsteilnehmern bei diesem Treffen oder im Nachgang gemacht wurden?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Im Hinblick auf den Bericht der Mainpost vom 09.05.2020 („Von Riemenschneider bis Donald Duck“), wonach derzeit die Endredaktion der Projektunterlage Bau für die Generalsanierung der Festung Marienberg, 2. Bauabschnitt Museum für Franken, stattfindet, frage ich – nachdem fünf Monate seitdem vergangen sind – die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand der Bau- und Kostenplanung für den 2. Baubchnitt Museum für Franken derzeit ist (Bildung welcher Teilbauabschnitte, Zeit- und Kostenplanung für diese, bitte gegliedert nach Museumsbereich, im Servicebereich und Veranstaltungs- und Tagungsbereich, geplanter Zeitpunkt des Auszugs des Staatsarchivs, geplanter Fertigstellungstermin der Gesamtmaßnahme Museum für Franken, etc.), ob die Staatsregierung bereit ist, die Machbarkeit und Planung des diskutierten Festungsaufzugs oder anderer zusätzlicher Erschließungen inhaltlich, planerisch und finanziell in Angriff zu nehmen, zu fördern bzw. zu unterstützen und wann mit der Vorlage der Projektunterlage sowie der Haushaltsunterlage Bau hierzu an den Landtag zur Beschlussfassung endlich verbindlich gerechnet werden kann?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kontakte werden von den bayerischen Gesundheitsämtern aktuell je Kategorie (KP1 etc.) durchschnittlich pro coronainfizierter Person nachverfolgt, wie lange dauert es nach dem Positivtest eines Infizierten bis zur Erstkontaktaufnahme mit Kontaktpersonen durch das Gesundheitsamt durchschnittlich und von wie vielen bayerischen Gesundheitsämtern liegen der Staatsregierung zu den vorgenannten Fragen Daten vor?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem im Landkreis Aichach-Friedberg die Geburtsstation in Aichach geschlossen wurde und nun sämtliche Geburten im Landkreis im Krankenhaus in Friedberg durchgeführt werden, wie lauten die Regelungen für den Zuschuss im Rahmen des Geburtshilfe-Förderprogramms, gibt es eine Sonderregel wenn man über die Schwelle von 800 Geburten pro Jahr kommt, weil die nächstliegende Geburtsstation schließen musste und man nun stärker belastet ist und wie viele Krankenhäuser bleiben in Bayern dieses Jahr 2020 unter der Schwelle und erhalten den Zuschuss (bitte auflisten)?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit werden in der anstehenden Hochschulnovelle geeignete Kriterien für die Qualität von Forschung und Lehre systematisch verankert, welche Indikatoren und Metriken für die Evaluation bzw. Wirkungsanalyse sollen in diesem Kontext Anwendung finden und welche Konsequenzen soll die Auswertung der Evaluations- und Analysedaten für die Forschenden und Lehrenden an bayerischen Hochschulen haben?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die Staatsregierung auf eine Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Patrick Friedl im Juni 2019 geantwortet hat „Derzeit laufen intensive Abstimmungen auf Bundesebene, die ein einheitliches Bewertungsverfahren zur Abschätzung der Gefährdung von Vögeln durch Kollisionen an Glasfassaden zum Ziel haben um festlegen zu können, ab wann von einem signifikant erhöhten Tötungsrisiko durch Glaswände auszugehen ist. Die LAG VSW (LAG VSW = Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten) hat hierzu einen Vorschlag erarbeitet, der aktuell Grundlage der Diskussionen ist.“, frage ich die Staatsregierung, wie lautet das Ergebnis der Diskussionen, inwiefern wird das bundeseinheitliche Bewertungsverfahren in Bayern umgesetzt und in welchem Umfang wird dieses bekanntgemacht?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt die Staatsregierung den Sachverhalt, dass in Münchner Kliniken positiv auf Corona getestete, aber symptomfreie Pflegekräfte nicht in Quarantäne geschickt werden, sondern weiter ihren Dienst verrichten, geschieht das wegen des Fachkräftemangels mit Einverständnis des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege und gibt es dafür Regelungen im Sinne von Notfallplänen oder Teststrategien?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihres Wissens der ehemalige Polizeipräsident von Bayern Waldemar Kindler mit der Wirecard AG oder einer ihrer Tochtergesellschaften einen Honorar- oder Beratervertrag hatte (bitte gegebenenfalls Zeitpunkt der Kenntnisnahme angeben), ob aufgrund des Engagements Kindlers, zum Beispiel aufgrund dessen beruflichen Hintergrunds, nach Ansicht der Staatsregierung beim Treffen in der Staatskanzlei am 20.11.2019 eine Genehmigung eingeholt werden musste und welche Themen bei weiteren Treffen zwischen Herrn Kindler und Vertretern der Staatsregierung ab der 17. Legislaturperiode bis heute jeweils besprochen wurden (bitte hierbei jeweils auch die Teilnehmer und das Datum angeben)?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Rückmeldungen erhält die Staatsregierung von Schulen und Kommunen zu Erfahrungen zur Umsetzung der Anschlüsse für schnelles Internet zwischen der Ausschreibung, dem Verlegen des Glasfaserkabels und dem endgültigen Anschluss der Schule, welche Möglichkeiten sieht man, um hier eine Beschleunigung zu erreichen und schätzt man die zur Verfügung stehenden Fördermittel als ausreichend ein?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Streckenabschnitt der Steigerwaldbahn wird von der durch das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr mit einer Nachfrageschätzung zur Reaktivierung der Steigerwaldbahn beauftragten Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH als Grundlage der Untersuchung genutzt, werden bei der Nachfrageschätzung auch alternative Konzepte, beispielsweise die Kombination von Bahn und Straßenbahn („Karlsruher Modell“) insbesondere hinsichtlich des Streckenabschnitts Kitzingen – Großlangheim, miteinbezogen und werden bei der Nachfrageschätzung, insbesondere hinsichtlich der Einzugsbereiche der relevanten Haltestellen, auch Kombinationsmöglichkeiten verschiedener Verkehrsmittel, beispielsweise autonome Busse als Zubringer, miteinbezogen?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Materialien sind die Bayerischen Orden, Medaillen und Ehrenzeichen (Bayerische Verfassungsmedaille, Bayerischer Verdienstorden, Maximiliansorden, Ehrenzeichen für Verdienste im Ehrenamt, Auszeichnung für Rettung von Menschen) hergestellt, wo werden diese hergestellt und wie werden bei der Herstellung die sozial-ökologischen Aspekte berücksichtigt?

**Natascha Kohnen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Wohnungen hat die BayernHeim seit ihrer Gründung bereits selbst errichtet (bitte Aufschlüsselung nach Möglichkeit nach Kommunen und Regierungsbezirken), wie viele Wohnungen werden gerade geplant oder errichtet (bitte Aufschlüsselung nach Kommunen und Regierungsbezirken) und welche Mittel wurden und werden dafür aufgewendet (bitte unter Angabe der Höhe und der Herkunft der Mittel)?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt sie den Umstand, dass der Freistaat Bayern im bundesweiten Ländervergleich die höchste Anzahl an Todesfällen, insbesondere pro 100 000 Einwohner, zu verzeichnen hat (Stand: 05.10.2020), wie bzw. mit welchem Ergebnis wurden die Auswirkungen von getroffenen Beschränkungen/Lockerungen untersucht und welche aktuellen Erkenntnisse liegen der Staatsregierung zu einem möglichen Medikament bzw. einem Impfstoff vor?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die Kosten einer Verlegung der KFZ-Verwahrstelle des Polizeipräsidiums München, wie viel Zeit würde eine Verlegung der KFZ-Verwahrstelle ab dem Moment der Entscheidung für einen Alternativ-Standort in Anspruch nehmen und welche Anforderungen an einen Standort bringt die KFZ-Verwahrstelle mit sich (bitte mit Angabe zu erforderlicher maximaler Stellplatzfläche, Erreichbarkeit und ÖPNV-Anbindung, erforderliche Bauhöhe bei Stapelung der Stellplatzfläche)?

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wer ist berechtigt in Bayern Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht zu kontrollieren, wie wird der Datenschutz bei der Kontrolle von Maskenbefreiungsattesten garantiert und wie wird der gesetzeskonforme Umgang bei der Vorlage von Maskenbefreiungsattesten in Bezug auf die Datenschutzgrundverordnung sichergestellt?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund einer „Fahrraddemo“ unter dem Motto „Kein Kommunismus ist auch keine Lösung“ des linksradikalen „Café Konnex“ am Platz der Deutschen Einheit in Memmingen zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung am Samstag, den 3. Oktober 2020, frage ich die Staatsregierung, ob es bei der Veranstaltung zu Verstößen gegen die Rechtsordnung kam, ob Personen aus dem extremistischen Spektrum an der Veranstaltung teilnahmen und wie die Staatsregierung die Tatsache bewertet, dass Linksradikale am Tag der Deutschen Einheit unter dem Motto „Kein Kommunismus ist auch keine Lösung“ die unzähligen Opfer der kommunistischen Terrorherrschaft auf deutschem Boden verunglimpfen?

**Ferdinand Mang**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, auf Basis welcher Berechnungen beruhen in Bayern die 7-Tage-Inzidenz-Werte pro 100 000 Einwohner, wie wird die Anzahl der durchgeführten PCR-Tests in die Berechnung des 7-Tage-Inzidenz pro 100 000 Einwohner miteinbezogen und warum sind die Coronamaßnahmen in Bayern in Bezug auf die 7-Tage-Inzidenz restriktiver als in anderen Bundesländern?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, anhand welcher Entscheidungsgrundlage verneinte die Staatsregierung die Zuständigkeit der Bezirksregierung Niederbayern als zuständige (Geldwäsche-) Aufsichtsbehörde für die Wirecard AG, wer konkret (Nachname, Name, Position) in der Staatsregierung verneinte die Zuständigkeit der Bezirksregierung Niederbayern als zuständige (Geldwäsche-) Aufsichtsbehörde für die Wirecard AG und wie bewertet die Staatsregierung die Medienberichte über die Sondersitzung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages vom 01.09.2020, dass die Staatsanwaltschaft München zwei „sehr werthaltige“ Meldungen seitens der Financial Intelligence Unit (FIU) der deutschen Zollbehörde von Anfang 2019 an das Landeskriminalamt Bayern über „merkwürdige Finanztransaktionen“ der Wirecard AG nicht weiterverfolgte?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Inhalte das Gespräch am 20.11.2019 zwischen Herrn Staatsminister Dr. Florian Herrmann, Vertretern von Wirecard und dem ehemaligen Polizeipräsidenten von Bayern Herrn Waldemar Kindler hatte (bitte hierbei auch Dauer des Gesprächs angeben sowie vollständiges Protokoll und Präsentation von Wirecard zur Verfügung stellen), wie Staatsminister Herrmann die seit langem bekannten öffentlichen Vorwürfe gegen Wirecard in diesem Gespräch thematisiert hat und welche Einschätzungen Herr Kindler in dem Gespräch geäußert hat?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem laut Bericht der Staatsregierung im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie vom 02.07.2020 die Frist zur Einreichung von Projektanträgen bei der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern im Juni 2020 abgelaufen ist, frage ich die Staatsregierung, welche Projekte haben sich beworben, welche wurden bislang ausgewählt und welche Projekte mit Coronabezug wurden bzw. werden von der Stiftung gefördert?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, da sie als Maßnahme für den Infektionsschutz an Schulen 37 Mio. Euro für mobile Luftreinigungsgeräte mit Filterfunktion sowie CO<sub>2</sub>-Sensoren angekündigt hat, in welchem Verhältnis diese Summe auf die Regierungsbezirke, die Landkreise, die jeweiligen Kommunen sowie die Schularten aufgeteilt werden soll, wieviel Geld pro Klassenzimmer zur Verfügung steht und bis wann mit der Antragstellung bei den Bezirksregierungen begonnen werden kann, damit die Lüftungsanlagen, deren Lieferzeit im Moment ca. 6 Wochen beträgt, noch vor den Weihnachtsferien in den Schulen installiert werden können?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Fällen standen die Staatsanwaltschaft München I und die Bankenfinanzaufsichtsbehörde (BaFin) im Zusammenhang mit Vorgängen bei der Wirecard AG im Austausch (bitte jeweils einzeln angeben für jeden Austausch seit 1999 unter Angabe des betreffenden Sachverhalts oder Verfahrens, dem Datum des Austauschs, den einzelnen Themen des Austauschs und ob die Informationen des Austauschs zu Ermittlungen geführt haben), worin bestand dieser Austausch genau (unter Angabe von Art des Austauschs, falls es schriftlichen Austausch gab, ob dieser Austausch vorliegt, und den thematisierten Informationen des Austauschs) und für die Fälle, in denen die Ermittlungen eingestellt wurden, aus welchem jeweiligen Grund kam es zur Verfahrenseinstellung?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang ist die Förderung von weiteren Stellen für Jugendarbeit an Schulen (JaS) (über 1 000 Stellen hinaus) in den Jahren 2021 und 2022 vorgesehen (bitte mit Nennung der hierfür im Entwurf der Staatsregierung für 2021 und 2022 vorgesehenen Haushaltssummen), wie viele Stellen stehen derzeit in der JaS in Bayern zur Verfügung (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten, Regierungsbezirken, kreisfreien Städten bzw. Landkreisen und Schulstandorten angeben) und wie viele Träger der Jugendhilfe haben in den vergangenen Jahren (ab 2015) Anträge auf Förderung von JaS-Stellen durch den Freistaat gestellt, die bislang noch nicht positiv entschieden sind (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, Trägern, Schularten, Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen angeben)?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bedeutung misst die Staatsregierung der Memminger Bauernversammlung von 1525 und deren Abfassung der zwölf Artikel als erste demokratische Verfassungsurkunde auf deutschem Boden im Rahmen der Geschichte der Freiheitsbewegungen in Bayern und Deutschland bei, welche Planungen verfolgt die Staatsregierung zur Würdigung der Historie mit Blick auf das 500. Jubiläum im Jahr 2025 und mit welchen konkreten Finanzmitteln will die Staatsregierung bspw. die bis dahin anstehenden Maßnahmen am Gebäude der Kramerzunft und weitere Vorbereitungsplanungen fördern?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund des Tweets des Staatsministeriums des Inneren, für Sport und Integration<sup>1</sup> frage ich die Staatsregierung, welchen Beobachtungsstatus hat der verschwörungsideologisch ausgerichtete Kult „QAnon“ aktuell für das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) (Beobachtungsobjekt, Prüfobjekt, kein Beobachtungsobjekt), bei welchen bereits vorher beobachteten Personenzusammenschlüssen und Einzelpersonen, bei denen wegen extremistischer Bestrebungen der Beobachtungsauftrag des LfV eröffnet war, erfolgten Bezüge zu „QAnon“ und wie bewertet die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen am Reichstag und vor der russischen Botschaft (29.08.2020), bei denen auch von „QAnon“-Anhängern ein Eingreifen von Putin und Trump gegen die demokratisch legitimierte Regierung erhofft wurde, das Verhältnis von „QAnon“-Anhängern zur freiheitlich demokratischen Grundordnung?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welchem Tag wurde die an Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich und Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann mit Mail vom 22.07.2020 übermittelte Information, Markus Braun, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Wirecard AG, und ein weiterer im Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Wirecard AG Beschuldigter würden über weitere Identitäten (sog. echte/falsche Identitäten – darunter ist zu verstehen, dass es sich bei Dokumenten wie etwa Reisepass, Führerschein oder Geburtsurkunde um authentische Originaldokumente handelt. Diese hoheitlichen Originaldokumente werden beispielsweise nach dem Tod des rechtmäßigen Inhabers neu, einerseits mit dem Namen des verstorbenen Inhabers, andererseits aber mit Bild, Fingerabdruck und biometrischen Daten des „neuen“ Inhabers ausgestellt) verfügen und Zugriff haben auf Konten in Singapur mit Guthaben in zweistelliger Millionenhöhe, von der Staatsregierung weitergeleitet an die Staatsanwaltschaft München I, bei der das Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Wirecard AG geführt wurde und wird, wie häufig befasste man sich seit der ersten Veröffentlichung der Wirecard-Sonderprüfung der KPMG Ende April 2020 in Kabinettsitzungen der Staatsregierung mit der Causa Wirecard und stimmt die Meldung, dass ein von Ministerpräsident Dr. Markus Söder geplanter Besuch beim Münchner Unternehmen Brainlab AG kurz nach der breiten öffentlichen Thematisierung der massiven Schieflagen bei der Wirecard AG im Juli 2020 abgesagt wurde mit der Begründung, der Fall Wirecard würde aktuell die Staatskanzlei und den Ministerpräsidenten stark beschäftigen?

---

<sup>1</sup> <https://twitter.com/BayStMI/status/1313825783341871104?s=20>

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie Frauen untergebracht werden, die akut von Gewalt bedroht sind, für die aber kein Frauenhaus zuständig ist, weil es sich nicht um häusliche Gewalt handelt (beispielsweise Gewalt durch einen Nachbarn, Stalker, Mitbewohner, Arbeitskollegen, Zuhälter oder auch z. B. im Heim für Menschen mit Behinderung oder in einer Unterkunft für Geflüchtete oder durch Gewalt im Rahmen der organisierten Kriminalität) und wie viele Plätze stehen für die von nicht häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder in den einzelnen Regierungsbezirken jeweils zur Verfügung?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen sind in Bayern aktuell wegen Corona hospitalisiert, wie haben sich diese Zahlen seit Beginn der sogenannten Pandemie entwickelt und sind die hospitalisierten Menschen ausschließlich wegen Corona in der Klinik oder ggf. auch aufgrund anderer Erkrankungen?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie gehen die einzelnen Justizvollzugsanstalten (JVAs) in Bayern derzeit mit den Rechten der Gefangenen nach Art. 35 Bayerisches Strafvollzugsgesetz (BayStVollzG) um (bitte jeweils Genehmigungsbedingungen, Telefoniedauer, Vorhandensein von Videotelefonie und Überwachungs-voraussetzungen angeben), welche Erfahrungen hinsichtlich der Erfüllung des Resozialisierungsziels, der Sicherheit innerhalb der Anstalt und der Allgemeinstimmung bei den Gefangenen hat die Staatsregierung in den letzten Monaten bei diesem Thema gesammelt und welche Änderungen plant die Staatsregierung, um die Möglichkeiten der Gefangenen zu telefonieren zu verändern (Verbesserung der technischen und personellen Ausstattung der JVAs, einheitliche Regelungen für die Umsetzung des Art. 35 BayStVollzG durch die JVAs, Änderungen am BayStVollzG etc.)?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung wie sie bewertet, wenn nach einem Asylverfahren vollziehbar ausreisepflichtige Afghanen, die eine qualifizierte Ausbildung in der Bundesrepublik aufnehmen möchten, ihrer freiwilligen Ausreise zustimmen, Bemühungen unternommen haben nach Neu-Delhi auszureisen und dies nun coronabedingt durch den Einreisestopp nach Indien und die faktische Schließung der dortigen deutschen Botschaft nicht möglich ist, wenn solche Afghanen in der Folge nach Islamabad verwiesen werden, wo der pakistanische Staat für die Einreise jedes Afghanen zwingend die Einladung von zwei pakistanischen Staatsangehörigen fordert und somit erwartet wird, dass Afghanen in einem ihnen fremden Land zwei Personen auftreiben, die sie nicht kennen, aber dennoch für sie „bürge“ und wie die Staatsregierung bewertet, dass einzelne Ausländerbehörden ein laufendes Petitionsverfahren mit dem Ziel einer dauerhaften Ausbildungserlaubnis vom oben genannten Personenkreis dahingehend einordnen, dass der Betroffene damit seine Ablehnung der freiwilligen Ausreise ausgedrückt habe und in Folge dessen dem Betroffenen angeraten wird die Petition zurückzuziehen, da sie ein „Verfahrenshindernis“ darstelle?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nach dem Bericht des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration (StMI) und des Münchner Polizeipräsidenten Andrä im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 07.10.2020 zur Sonderkommission „Nightlife“ frage ich die Staatsregierung, ob die Aussage von Herrn Andrä, dass die beschuldigten Polizisten den größten Teil des Kokains außerhalb des Dienstes konsumiert haben im Umkehrschluss bedeutet, dass auch während der Dienstzeit Kokain konsumiert wurde, wie oft die beschuldigten Polizisten unter Drogeneinfluss Dienst getätigt haben und wann genau (bitte das konkrete Datum angeben) das StMI über die Vorkommnisse das erste Mal informiert worden ist?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Beitrag leistet nach Ansicht der Staatsregierung das regionale Gütesiegel Geprüfte Qualität(GQ)-Bayern zu einem verstärkten Arten- und Naturschutz, muss das Tierfutter bei Fleisch- und Milchprodukten, die mit dem GQ-Bayern-Siegel ausgezeichnet sind, frei von gentechnisch veränderten Bestandteilen sein und welcher Qualitätsstufe und Haltungsform bezogen auf die staatliche Tierwohlkennzeichnung für Schweinemast entspricht das GQ-Bayern-Siegel im Produktbereich Schweine und Schweinefleisch?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel der über den Nachtragshaushalt 2019/2020 in Kap. 02 03 Tit. 540 58 und Kap. 02 03 Tit. 684 58 für die Gründung einer Stiftung zur Förderung des europäischen und internationalen Schüler- und Jugendaustausches („Bayerisches Auslandsinstitut“) eingestellten 5.739.500 Euro bis Oktober 2020 tatsächlich ausgegeben wurden (bitte um Aufschlüsselung nach Ausgaben und Verwendungszweck)?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Virologen und Epidemiologen, namentlich genannt, arbeiten in der „Taskforce Corona-Pandemie“ im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege mit, welche Experten und Wissenschaftler, namentlich genannt, beraten derzeit außerhalb der „Taskforce Corona-Pandemie“ die Staatsregierung im Umgang mit dem Corona-Virus (SARS-CoV-2) und wo können Mitglieder des Landtags in diesem Zusammenhang Akten, Unterlagen oder Berichte über die Beratungen mit Experten, Wissenschaftlern und der Staatsregierung seit Beginn der Coronakrise einsehen?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Ankündigung einer „großen Expertenkommission“ zur Wasserversorgung der Zukunft von Ministerpräsident Dr. Markus Söder auf der CSU-Klausurtagung (siehe Passauer Neue Presse vom 17.09.2020, Seite 10 bis 12) frage ich die Staatsregierung, ob und wenn ja, wie die Vorschläge des Ministerpräsidenten in die von Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber angekündigte bayerische Wasserstrategie integriert werden und wie auf möglicherweise entstehende Konflikte und unterschiedliche Ansichten zur zukünftigen Wasserverteilung aus der von Bundesumweltministerin Svenja Schulze angekündigten Nationalen Wasserstrategie von bayerischer Seite aus reagiert wird?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Ankündigung von Staatssekretär Klaus Holetschek am 21.07.2020, dass die digitale Baugenehmigung zum Jahreswechsel in den Pilotlandratsämtern kommt, frage ich die Staatsregierung, inwieweit die anderen unteren Bauaufsichtsbehörden bei der finanziellen und technischen Umsetzung der digitalen Baugenehmigung unterstützt werden, ob es ein Konzept und einen Zeitplan zur Einführung der digitalen Baugenehmigung in kleinen Gemeinden gibt und ob eine digitale Kollaborationsplattform entwickelt wird, mit der interne und externe Fachbehörden sowie die Gemeinden eingebunden werden können?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Durch das Krankenhauszukunftsgesetz soll die digitale Infrastruktur in Krankenhäusern verbessert werden, wofür der Bund 3 Mrd. Euro investieren will, welche durch weitere Investitionsmittel der Bundesländer aufgestockt werden sollen, weswegen ich die Staatsregierung frage, wie sie die Fördergelder aus dem Krankenhauszukunftsfonds im Freistaat verteilen möchte, welcher Zeitplan für eine entsprechende Förderrichtlinie vorgesehen ist und in welchem Umfang die Staatsregierung Zuschüsse nach § 14a Satz 5 Abs. 2 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) gewähren wird, um die Fördersumme aus dem Fonds zu hebeln?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Im Hinblick auf die Allgemeinverfügung der Regierung von Oberbayern vom 17. März 2020 (Az. M 1A/BS 4960/2020-M bi) „Vollzug des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) – Ausnahmegewilligung für Ausnahmen von der täglichen Höchstarbeitszeit, den Ruhepausen und Ruhezeiten sowie der Sonn- und Feiertagsruhe“ frage ich die Staatsregierung, in welchen Branchen die in der Allgemeinverfügung genannten Ausnahmeregelungen in welchem Umfang in Anspruch genommen wurden und in welchem Maße Überschreitungen bei den in der Allgemeinverfügung genannten Ausnahmen (nämlich tägliche Höchstarbeitszeit, Ruhepausen und Ruhezeiten sowie der Sonn- und Feiertagsruhe) festzustellen sind (bitte nach Branchen aufgliedern)?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird sichergestellt, dass an bayerischen Schulen professionelle Gefährdungsbeurteilungen und Hygienepläne im Zuge der Coronakrise erstellt werden, wer haftet für Gesundheitsschäden bei Schulkindern, die durch die Umsetzung von Maßnahmen aus Gefährdungsbeurteilungen und Hygieneplänen hervorgerufen werden und wie wird sichergestellt, dass psychische Gefährdungen von Schulkindern, die durch das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckung bzw. Mund-Nasen-Schutz entstehen, fachkundig beurteilt werden?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welches Risiko bestand durch das in den Landkreisen Eichstätt und Kelheim in den Jahren 2018, 2019 und 2020 unhygienisiert auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebrachte Kategorie 2 Material Schlachtabfälle, also Därme, Blut, Innereien, für die Bevölkerung, Wild- und Haustiere, was geschah mit dem Erntegut der Flächen, auf denen die unhygienisiert ausgebrachten Schlachtabfälle ausgebracht wurden und ist die derzeit vor Ort durchgeführte Erhitzung der verbliebenen Schlachtabfälle nach Ansicht der Staatsregierung ein gängiges und zulässiges Verfahren zum Ausbringen von Schlachtabfällen der Kategorie 2?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Schulämter in Bayern haben gegenüber den Schulen in ihrem Schulamtsbezirk schriftlich zum Ausdruck gebracht, dass wegen des Lehrkräftemangels in diesem Schuljahr – auch bei pandemiebedingt nötig werdenden Schulschließungen – keine Notbetreuung an den Schulen möglich sein wird?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis kam die Studie zu Windkraftpotenzialflächen in den Bayerischen Staatsforsten, die von der Staatsregierung beauftragt wurde und mittlerweile abgeschlossen ist, wie viele Windkraftstandorte wurden gefunden und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus dieser Studie?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen aller Unternehmen mit unmittelbarer Beteiligung des Freistaates Bayern gelten Tarifverträge bzw. gelten keine Tarifverträge, in wie vielen aller Unternehmen, bei denen der Freistaat Bayern Alleineigentümer ist, gelten Tarifverträge bzw. gelten keine Tarifverträge und in welcher Form hat die Staatsregierung seit 2013 im Landtag oder in der Öffentlichkeit zur Tarifbindung in Unternehmen mit Beteiligung des Freistaates Bayern Stellung genommen?

**Anna Toman**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Fächern, an welchen Schularten und in welchem Umfang sind die diesjährigen Team-Lehrkräfte eingesetzt?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Brückenangebote gibt es im laufenden Schuljahr (differenziert nach Schulart, Umfang, Zeithorizont, Beteiligung welcher pädagogischer Kräfte), um Lernrückstände die aufgrund coronabedingter Schulschließungen oder im Distanzlernen entstanden sind aufzuholen, und um künftige coronabedingte individuelle Schulunterbrechungen abzufedern?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen entstehen für die Bewirtschaftung der Bayerischen Staatswälder, wenn im Zuge der aktuell laufendenden Revision der Waldstandards bei PEFC Deutschland e. V. ein neuer Standard eingeführt wird, der beinhaltet, dass zum Schutz des Waldökosystems vor Kunststoffrückständen der Einsatz aus erdölbasierten Materialien wie Wuchshüllen, Fege-/Verbiss-/Schälschutz und Markierungsbänder möglichst vermieden werden soll, werden die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) AöR im Rahmen ihrer Vorbildfunktion beim Einkauf von Einzelschutzmaterial zukünftig ausschließlich auf Anbieter nachwachsender Materialien zurückgreifen, und wenn ja, in welchem Zeitraum wird die Umstellung erfolgen?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war der Anteil der nachweislich mit SARS-CoV-2 infizierten Personen, bei denen die bayerischen Gesundheitsämter alle Kontaktpersonen identifizieren konnten, warum wurden die Gesundheitsämter vom Referat 53 des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege angewiesen, einschlägige Medienanfragen nicht zu beantworten und auf welcher rechtlichen Basis beruht diese Anweisung?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Kliniken in Bayern es spezifische Aufklärungs-, Beratungs- und Netzwerkangebote für Eltern mit Kindern unter zehn Jahren gibt, die nach dem amtlichen Diagnose-Klassifikationssystem eine Diagnose über eine „Variante der Geschlechtsentwicklung“ aufweisen, hält die Staatsregierung diese für ausreichend und was unternimmt sie, um diese Angebote zu verbessern?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stunden für Systembetreuung werden den Lehrkräften in Bayern angerechnet (bitte nach Schularten und Bezirken getrennt ausweisen)?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie, durch die Erwähnung von Gamswild in Bayern auf der Vorwarnliste der „Roten Liste“ gefährdeter Tierarten, an den derzeitigen Abschusszielen für Gamswild in Bayern fest, hält sie, durch die Erwähnung von Gamswild in Bayern auf der Vorwarnliste der „Roten Liste“ gefährdeter Tierarten, an den derzeitigen Abschusszielen für Gamswild in alpinen Lagen, Schutzwaldgebieten sowie dem Nationalpark Berchtesgaden fest und hält sie, durch die Erwähnung von Gamswild in Bayern auf der Vorwarnliste der „Roten Liste“ gefährdeter Tierarten, an den derzeitigen Abschusszielen für Gamswild im Alpenvorland, insbesondere entlang der Kürnach (Landkreis Oberallgäu), fest?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Rahmen werden Auflagen an die Tourismusbranche (Beherbergungsbetriebe, Betreiber von Infrastruktur wie Seilbahnen, Gastronomie usw.), die dem absolut unterstützenswertem Anliegen die Gesundheit der Gäste und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen, dienen, laufend auf den neuesten wissenschaftlichen Sachstand überprüft bzw. gegebenenfalls angepasst, welche sachliche Begründung lässt in diesem Zusammenhang ein Beherbergungsverbot, zumal noch abgestuft nach Herkunft in Bayern und dem restlichen Deutschland, in Abwägung zu anderen möglichen Maßnahmen als Mittel der Wahl zur Eindämmung eines Virus, das bereits jetzt in der Fläche verbreitet ist, erscheinen (bitte Abwägung verschiedener denkbarer Maßnahmen erläutern) und inwieweit sieht die Staatsregierung die Notwendigkeit, Maßnahmen, wie das Verbot an Gastronomie Decken statt Heizpilze zur Verfügung zu stellen, wie es mindestens teilweise in Bayern existiert, zu überdenken?